

## **Einführendes Statement**

### **Praktiker-Erfahrungsaustausch am 31.03.2006**

#### **I. Im Zuwanderungsgesetz geregelt:**

- Integrationskurse
- MEB
- Integrationsprogramm

#### **II. Integrationskurse**

##### **1. Rahmenvorgaben**

- Grundangebot des Staates (§ 43 AufenthG / § 9 BVFG)
- Als Angebot und Verpflichtung ausgestaltet (Prinzip des „Förderns und Forderns“)
- Insbesondere für Neuzuwanderer, aber auch für schon länger in Deutschland lebende Ausländer (Hinweis auf § 44 Abs. 4, aber auch § 44a AufenthG)
- Verpflichtungsmöglichkeit für Neuzuwanderer (§ 44 a Abs. 1 Nr. 1 AufenthG)
- Die Verpflichtungsmöglichkeit für schon länger in Deutschland lebende Ausländer zeigt, dass Integrationskurse nicht nur für Neuzuwanderer vorgesehen sind
- Sanktionsmöglichkeiten (§ 44a Abs. 3 AufenthG)
- Folgen für Niederlassungserlaubnis und Einbürgerung
- Einheitliches Kursangebot für Ausländer und Spätaussiedler (wegen vergleichbarem Integrationsbedarf)
- Planzahlen 2005: 98.000 Neuzuwanderer, 56.000 Bestandsausländer, 40.000 Spätaussiedler

##### **2. Zahlen aus der Praxis des ersten Jahres**

- 215.651 Berechtigte
- 115.158 Teilnehmer
- Zahl der berechtigten Neuzuwanderer: 18.481, verpflichteten Neuzuwanderer: 42.453, vom Bundesamt berechtigten Bestandsausländer: 103.146, von den ABHs verpflichtete Bestandsausländer: (18.330) und Spätaussiedler (33.241)

- Teilnehmer: 24.651 Neuzuwanderer, 68.696 Bestandsausländer, 21.811 Spätaussiedler
- 8196 Kurse, davon 7.400 allgemeine Kurse,
- zielgruppenspezifische Kurse: Alphabetisierungskurse: 227, Eltern- bzw. Frauenkurse: 456, Jugendkurse 113
- Möglichkeit der Kinderbetreuung (gesetzlich vorgesehen für Spätaussiedler, bei Ausländern finanziert im Rahmen von Frauen- und Elternkursen) wurde in 2005 nur wenig in Anspruch genommen (337.739 € für 1.276 betreute Kinder), starker Anstieg zu Beginn des neuen Jahres
- Fahrtkostenzuschüsse wurden für verpflichtete Bestandsausländer (§ 4 Abs. 3 IntV) und Jugendliche bei Jugendintegrationskursen gewährt. Vorgesehen ist eine Fahrtkostenzuschussregelung für Spätaussiedler
- In 23 Außenstellen wurden über 200 Mitarbeiter des Bundesamtes (Regionalkoordinatoren/Rekos und Reko-Assistenten) eingesetzt

### **3. Erkenntnisse des ersten Jahres**

- geringer Anteil an zielgruppenspezifischen Kursen, geringes Interesse an zielgruppenspezifischen Kursen bei Frauen und Jugendlichen
- Schwerpunkt lag 2005 bei der Implementierung der allgemeinen Integrationskurse. Kurse für spezielle Zielgruppen wurden daher nur in geringer Zahl angeboten, werden aber Schwerpunkt der Weiterentwicklung 2006 sein
- hoher Anteil von Frauen: 63 % der Kursteilnehmer waren Frauen. Erfreuliches Ergebnis, weil Frauen für die Bildungskarrieren der Kinder wichtig sind
- hoher Anteil von schon länger in Deutschland lebenden Ausländern (56,3 % der Berechtigten, 59,7 % der Teilnehmer)
- viele Verpflichtungen von Neuzuwanderern
- wenig Verpflichtungen von schon länger in Deutschland lebenden Ausländern
- mögliche Erklärungen: Wenig Meldungen durch ALG II-Behörden, ggf. direkt von ALG II mit oder ohne Eingliederungsvertrag zu den Außenstellen des Bundesamtes geschickt, und wenig Meldungen von Jugend- und Schulbehörden von besonders Integrationsbedürftigen an Ausländerbehörden. Teilweise sind sich die Behörden des neuen Systems noch nicht bewusst oder die Zusammenarbeit gestaltet sich schwierig
- Entwicklung der Trägerlandschaft: 2004 913 Kurse allein bei den durch das Bundesamt geförderten Trägern (Anzahl der Träger nach SGB III und Garantiefondskursen nicht bekannt), 2005: 2.042 Träger an 6.063 Kursorten, 2006 1.719 Träger an 5.183 Kursstätten; starker Anstieg bei VHS, die über 1/3 der Anbieter stellen, sowie bei den Bildungswerken und Sprach- und Fachschulen, bei denen sehr viel Private vertreten sind.
- D.h.: es gibt ein flächendeckendes Kurssystem, aber nach Erkenntnissen auch Konkurrenz in Ballungsgebieten und längere Dauer bis zum Zustandekommen im Ländlichen Raum (ev. weil es Fahrtkostenerstattung nur für best. Zielgruppen gibt)

- Testergebnisse: von 28.898 Teilnehmern, die den Kurs 2005 abgeschlossen hatten, haben 17.482 an der freiwilligen Abschlussprüfung teilgenommen, davon haben 69 % (12.151) die Prüfung mit Erfolg abgeschlossen, davon 41% mit sehr gut oder gut.
- In den ersten zwei Monaten des neuen Jahres haben weitere 2.313 Teilnehmer die Prüfung absolviert, die Bestehensquote ist gleich geblieben.
- System der Regionalkoordinatoren wird sehr gut angenommen: begehrte und kompetente Ansprechpartner für Kommunen und Sprachkursträger sowie Träger der freien Wohlfahrt
- Das System ist teilnehmer- und nicht kursorientiert. Nach Aussagen der Träger führt dies zu einem höheren Verwaltungsaufwand und geringere Planungssicherheit für Träger als die bisherige Ausschreibung von Kursen.

#### **4. Initiativen durch das Bundesamt**

- Workshops zur Zwischenevaluierung und Weiterentwicklung
- Bewertungskommissions-Sitzungen
- Gespräche mit Praktikern im Juni 2005, Folge: Entbürokratisierung, Verschlinkung der Formulare, Einführung einer Verwaltungspauschale
- Gespräche mit Dozenten im Juli und November 2005, Folge: Einbeziehung von Dozentenvertretern in den Evaluierungsworkshop in Bamberg im Juli, Vorschläge zur Berücksichtigung der Dozentenhonore bei der Qualitätsprüfung im Rahmen der Vor-Ort-Prüfung, Einbringung eines Ansatzes in den Haushalt 2006
- Gespräche mit den großen Kommunen im Februar 2006: Folge: verstärkte Netzwerkarbeit der Rekos mit den kommunalen Behörden zur Verzahnung der Beteiligten vor Ort (z.B. zum „Austausch“ von Interessenten bei Sprachschulen, damit Kurse schneller beginnen können; verstärktes Ansprechen von Argen
- Fahrtkosten auch für Teilnehmer in Jugendkursen
- Besondere Konditionen für Behindertenkurse
- Bundesamt hat zur Optimierung des Integrationskursverfahrens Vorschläge unterbreitet
- Ausweitung der Zahl der Regionalkoordinatoren
- Überlegungen zur besseren Finanzausstattung
- Evaluierung gem § 43 AufenthG hat bereits begonnen
- Begleitung durch Integrationsforschung
- Internationaler Vergleich: Ständiger Verbesserungsprozeß auch durch Vergleich der Systeme v.a. in EU-Mitgliedsstaaten

### **III. Integration in den Arbeitsmarkt**

- Spracherwerb u.a. durch Integrationskurse hat große Bedeutung als Voraussetzung einer erfolgreichen beruflichen Integration (Zahlen)
- Sprachniveau B 1 GER ist Minimum für Integration in den Arbeitsmarkt, daran sollte festgehalten werden.
- Für diejenigen, die das Sprachniveau nicht erreichen, ist ggf. der Weitererwerb von Sprachkompetenz z.B. durch Verzahnung mit BA-Maßnahmen möglich
- Bundesamt wird ab 2007 für die ESF-Sprachförderung zuständig sein; in diesem Rahmen ist das nahtlose Anschließen von ESF-Maßnahme an Integrationskursen bei Vorliegen von Voraussetzungen möglich.
- Schon jetzt ist durch Verbundprojekte eine Weiterförderung z.B. für Jugendliche zur Erlangung des Hauptschulabschlusses im Rahmen der ESF-Förderung möglich
- Maßnahmen für Spätaussiedler gem. § 9 Abs. 4 BVFG (enthalten auch Module für Bewerbungstraining)
- Wichtig: Kontakt mit potenziellen Arbeitgebern schon während des Integrationskurses: Regelung von Praktika bereits in § 11 IntV vorgesehen
- Stärkere Verzahnung mit den ARGEN wünschenswert (s.o.)
- Zur Schnittstellenproblematik gab es bereits mehrere Gespräche BMI/BAMF-BMAS, in denen die Schnittstellenprobleme wie Verpflichtung von Leistungsempfängern, Fahrtkostenerstattung, Kursunterbrechung wegen 1€-Jobs identifiziert und teilweise auch schon gelöst wurden

### **IV. Migrationserstberatung**

- bis Ende 2004 Aussiedlersozialberatung und Ausländersozialberatung getrennt
- ab 2005 Zusammenlegung und inhaltliche und strukturelle Fortentwicklung zur MEB, JMD weiter in getrennter Zuständigkeit bei BMFSFJ
- MEB ist ein den Integrationskurs ergänzendes, aber selbstständiges Integrationsangebot und bietet eine zeitlich befristete, systematische, bedarfsorientierte Einzelfallberatung (vorrangig mit der Methode des Case - Management)
- MEB soll den Integrationsprozess gezielt initiieren, steuern und begleiten. Erwachsene (Neu) Zuwanderer (Ausländer und Spätaussiedler) sollen zu selbstständigem Handeln in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens befähigt werden
- 2005 mit 27.9 Mio. € 545 Stellen in 660 Einrichtungen gefördert
- Zielgruppen sind mit erster Priorität erwachsene Neuzuwanderer (Ausländer und Spätaussiedler), mit zweiter Priorität bereits länger im Bundesgebiet lebende erwachsene Zuwanderer (Ausländer und Spätaussiedler) in konkreten Krisensituationen
- Träger: Spitzenverbände der freien Wohlfahrt und BdV, z.T. wird Öffnung des Trägerpools auch für weitere Organisationen gefordert

- Aus der Praxis wird von einer verbesserungsbedürftigen Kontaktnahme zwischen den Stellen der MEB / JMD, den Sprachkursträgern, den Ausländerbehörden und den Ar-Gen / Job Centern berichtet. Die MEB kann als integrationskursergänzendes Instrument nur wirken, wenn der Zugang der Zuwanderer sichergestellt wird und im Rahmen des Case – Management eine intensive einzelfallbezogene (aber auch generelle) Kooperation der verantwortlichen Institutionen / Organisationen „vor – Ort“ stattfindet. Das Bundesamt hat, u.a. über die Rekos, Maßnahmen zur stärkeren Verzahnung ergriffen.

## **V. Integrationsprogramm**

### **1. Zahlen, Daten, Fakten**

- Auftrag nach § 45 AufenthG: (1) Bestehende Integrationsangebote von Bund, Ländern, Kommunen und privaten Trägern für Ausländer und Spätaussiedler feststellen und (2) Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung vorlegen.

Zu beteiligen: Länder, Kommunen, Ausländer- / Integrationsbeauftragte von Bund, Ländern, Kommunen, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Darüber hinaus u.a.: Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Träger der freien Wohlfahrtspflege.

- 5 Handlungsfelder: Sprachförderung, Bildung, berufliche Integration, soziale Beratung, gesellschaftliche Integration – werden kontinuierlich bearbeitet, jeweils ein bis zwei bilden jährlich den Schwerpunkt.

Querschnittsthemen: Nachhaltigkeits- und Qualitätssicherung, Evaluation, Vernetzung sowie insbesondere Förderung der interkulturellen Öffnung und des bürgerschaftlichen Engagements.

- 6 Arbeitsphasen:
  - Definition des Schwerpunkthandlungsfelds
  - Recherche- und Feststellung der Angebote
  - Zieldefinition
  - Analyse
  - Lösungsentwicklung
  - Umsetzung

### **2. Aktuelle Situation**

- Das Bundesamt hat 2005 die konzeptionelle Gesamtplanung für das Integrationsprogramm erarbeitet, die Recherche im Handlungsfeld Sprachförderung durchgeführt und die Dialogprozesse mit den Akteuren vorbereitet (vgl. Phase 2)
- Die Koordinierung der Beteiligung des Bundes ist in der IMAG Integration erfolgt (Bestandsaufnahme der Integrationsaktivitäten auf Bundesebene 7/2005).

- Die Abstimmung über die Einbeziehung der Länder fand im Januar 2006 mit der Länderarbeitsgemeinschaft für Integration und Flüchtlingsfragen statt.
- Der Bund hat die Sprachförderung als erstes Schwerpunkthandlungsfeld vorgeschlagen – die Länder haben diesem zugestimmt.
- Aktuelle Arbeitsschritte im 1. Halbjahr 06 sind:
  - Fortschreibung der Bestandsaufnahme der Integrationsaktivitäten des Bundes
  - Vertiefung im Handlungsfeld Sprachförderung auf der Ebene des Bundes
  - Feststellung der Sprachförderangebote der Länder.

### **3. Weiteres Vorgehen**

- Einrichtung von Arbeitsgruppen zu folgenden Themen, die Empfehlungen als Basis für das IP entwickeln (zwischen Bund und Ländern konsentiert):
  - Sprachförderung in Kindergarten/ Kindertagesstätten, Vorschule und Schule
  - (Sprach)Förderung am Übergang Schule – Beruf(sausbildung) sowie berufliche Sprachförderung
  - Sprachförderung zur Vorbereitung auf die und in der Hochschule (einschl. Lehre und Forschung in DaZ)
  - Evaluation von Sprachförderangeboten
- Parallel dazu Einrichtung einer Steuerungsgruppe; die Abhängigkeiten und Zusammenhänge zwischen den Handlungsfeldern der sprachlichen und beruflichen Integration werden besonders in den Blick genommen.
- 2006 wird mit dem Handlungsfeld der beruflichen Integration als zweiter Schwerpunkt begonnen.
- Wichtig ist, dass der Bund seine Integrationsaktivitäten bündelt und ressortübergreifend gemeinsam strategisch ausrichtet. Das IP kann hierzu einen Rahmen bieten. Schon jetzt ist sichtbar, dass bereits die Feststellung der Angebote und der Informationstransfer einer besseren Zusammenarbeit und Abstimmung von Maßnahmen und zu Synergieeffekten führt.